

Presseinformation

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft



Landesverband Bremen

// GESCHÄFTSFÜHRUNG //

Bremen, 06.10.2016

Andreas Staets

Seite: 1 von 1

GEW Bremen unterstützt Kampagne „Schule für alle“ Grundrecht auf Bildung auch für Geflüchtete umsetzen!

Anlässlich der heute in der Bremer Bürgerschaft tagenden Kultusministerkonferenz fordert die GEW gemeinsam mit den Landesflüchtlingsräten und Pro Asyl eine bessere Einbeziehung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen ins Schulsystem. „Das Recht auf Bildung ist ein Grundrecht und die Politik ist in der Pflicht, dafür geeignete strukturelle und personelle Rahmenbedingungen zu schaffen“, stellt GEW-Landesvorstandssprecher Bernd Winkelmann auch mit Blick auf die Verhältnisse im Lande Bremen fest.

Bremen – Für viele Flüchtlinge herrscht Lageralltag statt Schulalltag, obwohl sie seit Monaten, zum Teil schon über einem Jahr in Deutschland leben. Bundesweit sind zehntausende junge Menschen betroffen. Sie brauchen Zugang zur Schule, um eine Ausbildung oder ein Studium beginnen zu können, doch das Recht auf Bildung bleibt ihnen oft verwehrt. Das gemeinsame Forderungspapier aller Beteiligten ist zu finden über <http://kampagne-schule-fuer-alle.de/>

Für Nachfragen steht zur Verfügung Bernd Winkelmann Telefon: 0162-97 31 230

GEW-Landesverband Bremen • Pressestelle
verantwortlich: Andreas Staets • E-Mail: staets@gew-hb.de